

Norddeutsche Zeitung

ÜBERPARTEILICH UND UNABHÄNGIG

AUSGABE

H A M E L N

Norddeutsche Zeitung G. m. b. H.
Hannover, Schillerstraße 21. Post-
scheckkonto: Hannover 1774. Bank-
konto: Niedersächsische Bankgesell-
schaft Hannover Konto 42 221.

Bezugsbedingungen: Durch Träger
dieses, donnerstags und son-
abends, frei Haus monatl. DM 3,48
(einmal 40 Pfg. Trägergeb.) Durch
die Post DM 1,25 (einmal Postgeb.)
zusätzl. Zustellgeld Anzeig.-Preis 2

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 186 der Militärregierung

Dienstag, 18. Januar 1949

Nr. 1 / 2. Jahrgang / Preis 20 Pfg.

Sicherheitsamt für Westdeutschland

Drei Generale überwachen Industrie und Forschung

BERLIN. Die Errichtung einer militärischen Sicherheitsbehörde der drei Westmächte, um die Abrüstung und Entmilitarisierung Westdeutschlands aufrecht zu erhalten, wurde von Vertretern der drei westlichen Militärregierungen in Berlin bekanntgegeben. Diese Behörde soll die Besatzungszeit überdauern. Sie ist kein Kontrollrat, sondern nur eine beratende Behörde der Militärgouverneure. Ihre Aufgabe soll zunächst auf industriellen Gebiet liegen. Beistand der Benelux-Staaten und auch der Sowjets wurde für später als im Bereich der Möglichkeit bezeichnet.

Die Sicherheitsbehörde hat Kontrollen durchzuführen, um das Wiederaufleben militärischer oder militärähnlicher Organisationen und des militärischen Geistes zu verhindern. Sie hat zu verhindern, daß Kriegsmaterial hergestellt wird, hat Verletzung der für gewisse Industriezweige bestehenden Beschränkungen unmöglich zu machen, sicherzustellen, daß frühere militärische Gebäude und Anlagen der Rüstungsindustrie, die erhalten bleiben sollen, nur für friedliche Zwecke benutzt werden, daß die wissenschaftliche Forschung nicht auf kriegerische Ziele abgestellt ist und daß in Verbindung mit dem Bau von

Handelschiffen und der Inbetriebnahme von zivilen Luftfahrtslinien kein Kriegspotential geschaffen wird.

Verläufiger Sitz der Sicherheitsbehörde ist Berlin, später wird ein Ort in der französischen Zone bestimmt werden. An der Spitze der Behörde stehen die Generale Hodges (USA), Westropp (Großbritannien) und Paszkiewicz (Frankreich). NZ

Besatzungsstatut wird streng

LONDON. Zur Klärung noch offener Punkte, über die die drei Militärgouverneure

keine Einigung erzielen konnten, finden in dieser Woche in London Besprechungen über das Besatzungsstatut für Westdeutschland zwischen den Vertretern der USA, Großbritannien und Frankreichs und den politischen Beratern der drei westlichen Militärgouverneure statt.

Andeutungen gut unterrichteter Londoner Kreise und britische Zeitungsmeldungen lassen vermuten, daß das Besatzungsstatut für Westdeutschland zwar ein gewisses Maß an Selbstregierung zücht, in seiner Auswirkung auf die deutsche Politik einschließlich wirtschaftlicher Maßnahmen jedoch ein strenges Kontrollinstrument der Alliierten sein wird. Dr. Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, ist der Auffassung, daß das Besatzungsstatut voraussichtlich eine schwere Belastung sein wird, da die in den ersten Paragraphen einer westdeutschen Regierung zugesicherten Kompetenzen durch Einschränkungen wieder aufgehoben werden. dpd

Grenzpolitik

BENTHEIM. Maßgebende holländische Persönlichkeiten hielten sich die deutschen Argumente zu eigen gemacht und sich gegen alle Grenzberichtigungen ausgesprochen, erklärte in einer Rede der Vorsitzende des Beneluxer Grenzlandauschusses, Dr. Beckmann. Er wies darauf hin, daß auch das holländische Volk heute keine Gebietsannektionen mehr wolle. In den von Holland geforderten Gebieten stellten allein die vorhandenen Bodenschätze ein Mehrfaches der gesamten holländischen Reparationsforderungen dar. dpd

Noch keine Grenzänderungen

LONDON. Vom britischen Außenministerium wird erklärt, Berichtigungen der deutschen Westgrenze würden noch einige Zeit auf sich warten lassen. Vorher soll noch eine Konferenz in Paris stattfinden. Die holländischen Forderungen gegenüber dem Land Niedersachsen beschränken sich bei dieser ersten Aktion auf Gebiete bis zu 1000 Meter Tiefe. dpd

Ausbau wird erleichtert

HANNOVER. Anträge auf Gewährung von Darlehen für den Ausbau von Dachgeschossen sowie für Neu- und Ausbauten von Wohnräumen können jetzt bei den Landratsämtern bzw. den Stadtverwaltungen gestellt werden. Nach einem Erlass des Aufbauministeriums beträgt die Darlehenshöhe für jeden neu zu schaffenden Wohnraum bis zu 2000 DM und für jede Wohnung bis zu 3000 DM. Die Darlehen werden als Tilgungsdarlehen gewährt und sind vom Grundstückseigentümer mit 3 Prozent zu verzinzen und mit mindestens 5 Prozent je Jahr abzuzahlen. NZ

Soforthilfe bald klar

FRANKFURT. Wie der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Köhler, unserem Frankfurter Korrespondenten mitteilte, wird in diesen Tagen mit der Genehmigung des ersten Soforthilfegesetzes für den Lastenausgleich gerechnet. Die Durchführungsverordnungen zum Soforthilfegesetz werden noch auf der kommenden Plenarsitzung des Wirtschaftsrates Mitte dieser Woche verabschiedet werden. NZ

DIE KURZE NACHRICHT

Hamburg. — Treu und Glauben. Während der neugewählte Präsident des Rates der EKD, Bismarck Dr. Dibelius, in einem Vortrag in der Hamburger Petriskirche über den Rückgang von Treu und Glauben klagte, wurden ihm aus seinem vor der Kirche stehenden Krawattenkasten ein Reisekoffer und die Aktentasche mit den Unterlagen aus dem Koffer gestohlen. dpd

Lüneburg. — Weber erster Vorsitzender. Oberbürgermeister Weber, Hannover, wurde vom Niedersächsischen Städtetag in Lüneburg zum ersten Vorsitzenden gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde Oberbürgermeister Benasemann, Braunschweig. dpd

Berlin. — Deutsch bleibt die Saar. Briefe aus der Ostzone ins Saarland sind auf Anordnung der Posthauptverwaltung in der Sowjetzone nur nach Inlandsansätzen zu frankieren. Das Saargebiet sei im Postverkehr weiter als ein Teil Deutschlands zu betrachten. dpd

München. — So'n Bart. Der „Hundsbannerbart“ findet, wie die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, in München immer mehr Nachahmer. Er wird unter diesem Namen in den Münchener Freizeidien in zunehmendem Maße verlangt. dpd

München. — Defizit. Das in München neu eröffnete Spielkasino arbeitete in der letzten Nacht mit 12 000 DM Defizit. Am Eröffnungabend büßte die Bank rund 10 000 DM ein. Die Preise für Getränke und Imbisse wurden deswegen erhöht. dpd

Ansbach. — Verdiente Strafe. Der Ansbacher Schuhmacher Danninger wurde zu einem Jahre Berufsverbot und sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er für die Reparatur von einem Paar Schuhe von einem Kriegsblinden 30 DM verlangt hatte. dpd

Wien. — Spläne in Klärten. Die britischen Besatzungsbehörden in Österreich verurteilten zwei Tischeben wegen Spionage zu sieben bzw. fünf Jahren Gefängnis. Sie hatten Informationen und Unterlagen über die Stärke der britischen Besatzungstruppen in Österreich gesammelt. up

Paris. — Schuman in Zürich. Der französische Außenminister, Robert Schuman, traf in der Schweiz ein, um der Schweizer Kinderhilfe zu danken und in Bern politische und wirtschaftliche Fragen zu erörtern. ap

Ankara. — Neues türkisches Kabinett. Der Professor für islamische Theologie, Schemsedin Guulay, hat im Auftrag des türkischen Staatspräsidenten Inönü ein rechtsgeschichtliches Kabinett der regierenden Volkspartei ein neues Kabinett gebildet. dpd

Siedlungsfrage wird akut

Gercke eröffnet Landwirtschaftskammer

HANNOVER. Die Siedlungsfrage wird noch im Laufe dieser Woche vom niedersächsischen Kabinett erörtert werden, wie die „Norddeutsche Zeitung“ erklärt. Von Regierungseite wird erwogen, durch eine Sofortmaßnahme alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die schon jetzt, vor einem rechtskräftigen Bodenreformgesetz, gegeben sind. Offenbar wird daran gedacht, die stillgelegten Höfe und die Apselbetriebe, die ohne Heferben sind, an geeignete Siedlungsbewerber zu verpachten. Das Land dieser Höfe wird heute meist rüchlich von Nachbarn, und zwar nicht immer intensiv, genutzt. In Fachkreisen glaubt man, daß durchschnittlich in jeder Landgemeinde Niedersachsen ein derartiger Hof vorhanden ist.

Landwirtschaftsminister Dr. Günther Gercke ging bei der Eröffnung der verkauften Landwirtschaftskammer in Hannover auf die Siedlungsfrage nicht ein. Als wichtigste Aufgabe der Kammer bezeichnete er die Erreichung einer großen Anzahl von Beratungsräten, durch freiwilligen Zusammenschluß der Bauern, wünschte.

Schnelle Senkung der Düngemittelpreise, notfalls auch durch Subventionen, bezeichnete

der Minister als dringlich, um zu einer Steigerung der Agrarproduktion zu kommen. Eine weitere Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel sei für das laufende Wirtschaftsjahr völlig ausgeschlossen, obwohl die Sorge der Landwirtschaft wegen der Preiserechtheit sei. Es habe keinen Sinn, wegen der Hoffnung auf Preiserechtheit mit der Ablieferung zurückzuhalten. Auch eine Zurückhaltung wegen des unverantwortlichen Geredes über eine zweite Währungsreform sei zwecklos, nachdem die Militärregierung kategorisch erklärt habe, daß keine zweite Währungsreform beabsichtigt sei. NZ

16000 Amerikaner verteidigen den Rhein

Wintermanöver der amerikanischen Besatzungstreitkräfte

FRANKFURT. Bei feuchtem, regnerischem Wetter begannen am Montag die Wintermanöver der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland. Durch das Unternehmen „Schneeglockchen“ soll festgestellt werden, wie schnell die amerikanischen Truppen mobilisiert werden können. Als Verteidigungslinie ist der Rhein angenommen, an dem ein aus dem Westen angreifender Feind abgewehrt werden soll.

Tausende von Jeeps und Lastwagen rollen zu dieser Zeit aus den größeren Garnisonen und entlegenen militärischen Außenposten

über die deutschen Straßen dem Rhein zu. Sind alle Kampftruppen im Gebiet des Rheines versammelt, so beginnt nach Abwehr des Angreifers aus dem Westen die zweite Etappe der Manöver. Hierbei wird vorausgesetzt, daß die Armee auf dem Vormarsch gegen einen Angreifer aus dem Osten die Rheinübergänge bei Mainz, Worms und Mannheim genommen und Brückenköpfe auf dem Ostufer des Flusses gebildet hat. Die Truppen schwenken dann nach Nordosten ab und rücken in Verfolgung des zurückweichenden Angreifers auf die amerikanisch-sowjetische Zonengrenze vor. ap

Pensionen nicht entschieden

HANNOVER. Dem Wirtschaftsrat liegt, wie die NZ vom Flüchtlingsminister Albertz erfährt, ein Gesetzentwurf über die einheitliche Zahlung von Pensionen an vertriebene Beamte vor. Es ist geplant, daß vertriebene Beamte nicht mehr wie bisher nur 50, sondern 75 Prozent der ihnen zustehenden Pension ausgezahlt bekommen. Die Pensionen der einheimischen Beamten sollen entsprechend gesenkt werden. Minister Albertz erwartet bei den Frankfurter Besprechungen zwar politische Schwierigkeiten, er hofft jedoch, daß das Gesetz angenommen wird. NZ

Arp aus der SPD ausgetreten

KIEL. Erich Arp, der frühere schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister, ist aus der SPD ausgetreten, um seinen Ausschluß zu vermeiden. Er stand ohne Kenntnis der SPD mit dem Vorstandsmittel der SED, Walter Ulbricht, in direkter Verbindung. dpd

Zusammenschluß CDU-Zentrum?

DUSSELDORF. Karl Arnold (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hat in einem Brief an Dr. Karl Specker, den Vorsitzenden der Zentrumspartei, die Verschmelzung der Christlich-Demokratischen Union und der Zentrumspartei vorgeschlagen. Arnold will bereits eine positive Antwort erhalten haben. Der Hauptvorstand der Zentrumspartei beschloß, das Angebot der CDU den für den 20. Januar einberufenen Gesamtdirektorenrat zur Entscheidung vorzulegen. ap-dpd

Brotpreise blieben unverändert

HANNOVER. Meldungen über eine baldige Änderung der Brotpreise in Niedersachsen werden von der Preisprüfstelle demontiert. Nach Vereinbarung mit den Bäckern und Brotfabrikanten blieben die gegenwärtigen Brotpreise bestehen, bis klare Anweisungen aus Frankfurt eingetroffen sind. Von der Preisprüfstelle werden diese Anweisungen jedoch als „Zukunftsmusik“ bemerkt. NZ

Hirohito kein Kriegsverbrecher

WASHINGTON. Kaiser Hirohito von Japan ist nach einem bereits vor drei Jahren gefaßten Beschluß nicht als Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen, gab das amerikanische Außenministerium bekannt. Dieser Beschluß wurde von den elf mit Japan im Kriegszustand bedinglichen Nationen, einschließlich der UdSSR, gefaßt, da man der Ansicht war, ein Kriegsverbrecherprozeß gegen Hirohito werde den Wiederaufbau Japans unmöglich machen und die Schwerfälligkeiten der Besatzungsmächte vervielfachen. dpd

Doch Rahmengesetz für Gewerbe

FRANKFURT. Die Entscheidung über die Inkraftsetzung der völligen Gewerbefreiheit in der US-Zone ist vom 18. Januar weiterhin auf den 20. verschoben worden. In Verhandlungen General Clays und des Zweimächtekontrollrates mit Dr. Köhler und Prof. Erhard wurde eine Verständigung erreicht, so daß die Kompromißlösung in einem Rahmengesetz für die Gewerbefreiheit als sicher erscheint. Wie Dr. Köhler unserem Frankfurter Korrespondenten im Anschluß an die Besprechungen am Montag erklärte, wird der Wirtschaftsrat auf seiner kommenden Plenarsitzung am 19. und 20. Januar über dieses Rahmengesetz, das damit auch für die britische Zone Geltung hätte, beschließen. NZ

Zulus morden und sengen in Durban

Südafrikas schwerste Eingeborenen-Unruhen fordern 105 Opfer

KAPSTADT. Zum erstenmal in der Geschichte Südafrikas mußten Heer, Marine und Luftwaffe eingesetzt werden, um in der südafrikanischen Hafenstadt Durban schwere Ausschreitungen zwischen Eingeborenen und Indern zu unterdrücken. Dabei wurden 105 Indern und Neger erschossen, zu Tode geprügelt oder gesteinigt.

Die Unruhen begannen, als ein Negerknecht durch einen indischen Händler auf dem Markt so schwer verprügelt worden war, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Unter der hierüber in höchste Erregung we-

setzten schwarzen Bevölkerung lief sofort das Gerücht um, der Negerknecht sei bereits gestorben. Daraufhin gingen die Zulus gegen die Indern vor, plünderten und setzten ganze Straßenzüge im indischen Hafenviertel in Brand. Mehrere indische Familien wurden in ihren Häusern eingeschlossen und kamen in den Flammen um. Polizei und Truppen gelang es nach zwei Tagen, wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Unter den Opfern befand sich auch ein Weißer, der bei der Plünderung eines indischen Geschäftes angetroffen und auf der Flucht erschossen wurde. ap-up

MASSHALTEN!

Die Denkschrift des Finanzministers von Rheinland-Westfalen über die Besatzungskosten hat im In- und Ausland berechtigtes Aufsehen erregt. Sie gibt detaillierte Belege darüber, daß 41 Prozent der Steuern des Landes für die Besatzungsmacht verwendet werden. Im einzelnen wird dargelegt, daß neben durchaus berechtigten Sachlieferungen für die Unterkunft der Besatzungsmacht auch Dinge geliefert worden sind, die weit über den Rahmen vernünftiger Forderungen hinausgehen. Britischerseits ist erklärt worden, daß die verantwortlichen Besatzungsbeamten bestraft würden, falls die Angaben des Finanzministers sich als richtig erwiesen.

Daß man britischerseits glaubt, Engländern eine gewisse Entschädigung bieten zu müssen durch Annehmlichkeiten, die die Tätigkeit in Deutschland wünschenswert erscheinen lassen, ist begrifflich. Diese Dinge dürfen aber nicht die Grenze dessen überschreiten, was Vernunft und Takt vorschreiben. Wir würden es begrüßen, wenn die britischen Stellen die Darstellung des rheinischen Finanzministeriums genauestens nachprüfen und Maßnahmen treffen würden, die eine Verwendung deutscher Steuermittel für Wiederaufbauzwecke ermöglichen. Damit wäre nicht nur Deutschland, sondern auch England und Europa ein wertvoller Dienst erwiesen. W. Sp.

WENIG ERFREULICH

Am 1. Februar 1948 war beim niedersächsischen Wirtschaftsministerium ein Restitutionsamt eingerichtet worden. Diesem Amt oblag die Zurückgabe alliierten Eigentums, das während des Krieges von Deutschen erworben oder requiriert worden war. Das Amt wurde damals auf direkten Befehl der Militärregierung errichtet, nachdem Niedersachsen im Gegensatz zu anderen Ländern einer „Empfehlung“ der Militärregierung nicht entsprochen hatte.

Offenbar hat die Tätigkeit des Amtes von Anfang an nicht die Erfolge gehabt, die sich die Militärregierung versprochen hatte; denn bereits am 23. Juli verlangte letztere die Verdoppelung des Personals. Die Landesregierung lehnte das ab, weil sie kein Geld habe. Die Militärregierung erinnerte im Laufe des Jahres noch zweimal an ihre Aufforderung, jedoch ohne Erfolg. Daraufhin hat Brigadier Lingham mit einem Schreiben vom 18. Januar 1948 die Auflösung des Amtes bis zum 12. Januar befohlen und die Restitution wieder der britischen Verantwortung übertragen.

Es ist selbst dann keine angenehme Aufgabe für Deutsche, an einer „Demontage“ mitzuwirken, wenn es sich um fremdes Eigentum handelt, das zum Teil unter Anwendung von Druckmitteln in deutschen Besitz gelangt ist. Auch ist es schwer, Belege für den Eigentumsnachweis beizubringen, wenn die derzeitigen Besitzer ausgebombt sind. Trotzdem scheint es uns etwas beschämend zu sein, wenn auf alliierter Seite der Eindruck entsteht, wir wollten uns um die Befriedigung berechtigter Forderungen drücken. Darüber hinaus gibt es zu denken, daß dieser Fall der erste ist, bei dem die Militärregierung deutschen Stellen ein Befugnis entzieht, die sie selbst erteilt hatte. Auch diese Bestätigung deutscher Mißerfolge wäre wenig erfreulich. W. Sp.

KEINE LEHRLINGE

Das niedersächsische Handwerk hat auf das vom Landtag beschlossene Jugendschutzgesetz sehr scharf reagiert. Man beschloß, in Zukunft keine neuen Lehrlinge mehr einzustellen, da laut Gesetz für diese Lehrlinge nur noch 26 bis 28 Arbeitsstunden wöchentlich übrig blieben. Wenn auch bei genauer Betrachtung des Gesetzes eine etwas höhere Arbeitszeit zu errechnen ist, so bleibt der Protest der Handwerker, dem sich auch die Industrie anschloß, im Grundsätzlichen doch berechtigt. Es ist selbst für tüchtige Meister bei dieser Arbeitszeit eine Unmöglichkeit, seinen Lehrlingen, die heute mehr denn je notwendige gründliche Fachausbildung zu vermitteln. Ganz abgesehen davon, daß auch der Lehrling eine — wenn auch geringe — Arbeitskraft darstellt.

Sicher war der Protest des Handwerkes in dieser massiven Form nicht notwendig. Hoffen wir, daß sich die Vernunft doch noch durchsetzt und ein für alle Beteiligten annehmbarer Kompromiß zustandekommt. Vielleicht bringt schon der am Arbeitsdirektor Storch für die Doppelsonne vorbereitete Gesetzesentwurf die befriedigende Lösung. G. B.

„Gebt uns zwei Jahre Zeit . . .“

Auch die Hennekes haben Sorgen

LEIPZIG. „Vom Stieps zum Gehirn“ ist das neue amtliche Schlagwort für die Hennekes der Sowjetzone. „Eist denken, dann schalten!“

„Sie kennen doch den Unterschied zwischen Adolf Hennecke und Max Schmeling?“ fragen sich die Bewohner „im Russischen“. Die Antwort läßt die Wut erkennen, die man mit sich herumträgt.

„Schmeling besteht während der Arbeit Prügel. Hennecke erst nach der Arbeit.“

Die Hennekes mit ihrem progressiven Leistungslohn bereiten auch andere Sorgen. Die Produktionssteigerung um jeden Preis hat alle betrieblichen Kalkulationen über den Haufen geworfen, stellen jetzt die Planstellen der Sowjetzone fest. Die meisten Betriebe mit den „volkseigenen“ an der Spitze streben vor der Flut. „Die Löhne steigen schneller als die Produktion“, wurde offiziell erklärt.

Die Norm wird erhöht

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund bereitet die Arbeiterschaft bereits auf bedeutende Lohnabstriche vor. Sie sollen durch weitere Erhöhungen der Normalarbeitsnorm erzielt werden. „Wenn die besten Hennekes in der Lage sind, 500 bis 1000 Prozent des Soll zu erzielen und durchschnittliche Überfüllungen von 200 und 300 Prozent auf der Tagesordnung stehen“ — so wird argumentiert — „dann stimmt irgend etwas nicht in der betrieblichen Kalkulation“. Für den tariflichen Stundenlohn müsse künftig

mehr geleistet werden als bisher. Lohnsteigerungen seien überdies nur bei außergewöhnlichen Leistungen in der Grundstoffindustrie zu verantworten. Man könne nicht die Überproduktion ganz nutzloser Dinge noch zusätzlich durch Lohnanstieg prämiieren.

Hennecke ist dabei für die Arbeiterschaft der meistgehaßte Mann geworden, obgleich Presse und Rundfunk sich alle Mühe geben, seine Bewegung populär zu machen. Die ersten Seiten der Zeitungen sind nur noch lokalen Produktionsmeldungen reserviert. Auch jede Nachrichtensendung im ostzonalen Rundfunk wird mit Hennecke-Erfolgsmeldungen eingeleitet.

Witze — nichts als Witze

Die Hennecke-Witze, die von Mund zu Mund gehen, obgleich auf ihre Verbreitung Gefängnis steht, zeigen den Grad der Ablehnung, der dieser Art Antriebler entgegengebracht wird.

In fast allen Hennecke-Witzen wird dieser Rekord-Akkordmann, dessen offizieller Titel „Inspektor für den Bergbau“ ist, verprügelt. Die Konfektions-Hennekes werden in einem Betriebswettbewerb vor die Aufgabe gestellt, künftig dem Anzug aus einem einzigen Meter Stoff zu schneiden. Sie resignieren nicht und fassen eine spontane Aktivisten-Resolution: „Gebt uns zwei Jahre Zeit. Dann sind wir so klein geworden, daß ein Meter Stoff genügt und noch genug für eine Russenhose übrig bleibt.“ NZ

Zeitungspapier teurer

BIELEFELD. Der Preis für Zeitungsdruckpapier wurde von der Feldmühle von 52 auf 57 DM für 100 kg erhöht. Die Feldmühle ist die einzige Fabrik für Zeitungsdruckpapier in der britischen Zone und hat damit eine Monopolstellung. dpd

Deutsche Union ohne Gereke

HANNOVER. Mit Ausnahme des Zentrums dementierten die großen politischen Parteien der britischen Zone die Teilnahme prominenter Mitglieder an der Gründungsverammlung der „Deutschen Union“, die am 22. und 23. Januar in Braunschweig stattfinden soll. Auch Minister Dr. Gereke steht entgegen anderslautenden Meldungen nicht mit dieser neuen Partei in Verbindung, die besonders die jüngere Generation erfassen will. NZ

Skatspieler gewinnt Volkswagen

RATZEBURG. 298 Skatspieler aus Norddeutschland kämpften in einem großen Skatturnier in Ratzeburg um einen Volkswagen als Hauptgewinn. Nach einer langen Schlacht die bis tief in die Nacht hinein dauerte, gewann der Hamburger Sparkassenangestellte Vogtländer den Volkswagen. Der Spielinsatz hatte 25 DM betragen. dpd

Duell mit Eintrittsgeld

HANNOVER. Auf eine eigenartige Form des Duells haben sich der Pressereferent im Wirtschaftsministerium Niedersachsen, Regierungsrat Ernst Sodeikat, und der Journalist Robert Botsch von der Pressestelle der niedersächsischen Staatskanzlei geeinigt. Die beiden Männer, die zuvor eine scharfe Auseinandersetzung hatten, werden einen Schwimmschwimmkampf, verbunden mit einem Wettauchen, austragen. Der Zweikampf wird im hannoverschen Hallenbad stattfinden. Allerdings müssen die Neugeligen 10 DM Eintritt zahlen, die an Wohlfahrtsverbände abgeführt werden. dpa

Devisenschlebung in Celle

CELLE. Amerikanische, englische und deutsche Polizei beschlagnahmte bei Hausdurchsuchungen bei Devisenschwarzhändlern in Celle größere Mengen ausländischer Banknoten. NZ

Deutsche berichten vom Indochina-Krieg

40 000 ehemalige Kriegsgefangene in der Fremdenlegion

BADEN-BADEN. Von den 40 000 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die sich für die französische Fremdenlegion verpflichtet haben und heute auf Madagaskar, in Indochina oder in Afrika stationiert sind, haben einige Heimkehrer, die bei den Kämpfen in Indochina verwundet wurden, in Baden-Baden einen „Freundschaftsbund ehemaliger Fremdenlegionäre“ gegründet.

Auf der Gründungsfeier dieser Vereinigung erklärten die früheren Fremdenlegionäre den anwesenden Gästen, daß es ihnen verboten worden sei, über ihre Verluste in Indochina seit dem Herbst 1945 konkrete Angaben zu machen. Ferner äußerten sie in Gesprächen, daß es sich in Indochina auf keinen Fall um einen „frisch-fröhlichen Krieg“ gehandelt habe. Neben den klimatischen Strapazen hätten sie bei der heimtückischen Methode des Guerillakrieges selbst in bewachten Garnisonen mit der Maschinengewehr im Arm schlafen gehen müssen.

Massenüberläufe von deutschen Fremdenlegionären zu den Eingeborenen wurden in Abrede gestellt. Die meisten Überläufer seien schon nach wenigen Wochen zurückgekommen und von der französischen Führung nicht bestraft worden, da sie lebend die beste Propaganda gegen das Überlaufen darstellten. Das Singen des Horst-Wessel-Liedes beim Marsch durch Indochinas Städte geben sie offen als alte Gewohnheit zu.

Franken im Monat. Zum Einsatz kamen nur Männer mit „SS-Tauglichkeitsgrad“, was neuerdings auch für Neuanwerbungen als Norm gelte. In der ersten fünfjährigen Verpflichtungszeit ergäben sich für die Legionäre keine Beförderungschancen. Kranke würden gut behandelt und sofort in die Heimat zurückgeschickt, offenbar in der Absicht, Frankreich vor späterer Rentenzahlung zu bewahren. NZ

Bürgermeister Scharnagl im Mädchenbad

Strafanzelge wegen sittlicher Verfehlungen geplant

MÜNCHEN. In zwei eidesstattlichen Erklärungen wird Münchens stellvertretender Oberbürgermeister, Dr. h. c. Karl Scharnagl, beschuldigt, er habe sich im Münchener Nordbad öffentlich sittliche Verfehlungen zu schulden kommen lassen. Gegen Scharnagl, dessen Teilnahme an Veranstaltungen des Nackt-Badeklubs „Oasis“ bereits 1948 in der Öffentlichkeit Aufsehen erregte, soll Strafanzelge erstattet werden.

In den eidesstattlichen Versicherungen wird behauptet, Scharnagl habe sich in der Mädchengarderobe völlig nackt ausgezogen und sich so in die Schwimmhalle begeben.

Die Badefrau soll ihm mit der Badehose und dem Ruf nachgelaufen sein: „Herr Scharnagl, Ihre Badehose haben Sie vergessen.“ Scharnagl habe dann versucht, die Mädchen mit seinem Handtuch abzutrocknen, und sie aufgefordert, „doch das nasse Zeug fallen zu lassen.“

In einer Pressekonferenz bezeichnete Scharnagl diese Darstellung in ihren wesentlichen Punkten als unwahr. Er behauptete, mit einem Badetuch bedeckt gewesen zu sein und dieses Tuch den Mädchen nur zum Abtrocknen angeboten zu haben. Der Stadtrat von München plant, den Fall Scharnagl in einer Sondersitzung zu beraten. NZ

Claywill Kohlenpreiserhöhen

FRANKFURT. Der amerikanische Steuerzahler könnte jährlich zwischen 40 und 45 Millionen Dollar sparen, wenn man die deutsche Kohle zu Weltmarktpreisen aufführen würde, erklärte General Clay auf einer Pressekonferenz. Die deutsche Kohle werde zur Zeit für zwei bis drei Dollar unter den allgemeinen europäischen Preisen ausgeführt. Der Verlust werde von den amerikanischen Steuerzahlern getragen, die ungeheure Beträge für die Erhaltung Deutschlands zahlen müßten. up

Heiraten für Amis erschwert

FRANKFURT. Amerikanische Soldaten im Mannschaftsrang bis zum Korporal einschließlich dürfen nur noch in Ausnahmefällen deutsche Frauen heiraten, solange sie dem europäischen Kommando unterstehen. Bisher unterlagen Mannschaften und Offiziere den gleichen Bestimmungen. Die Wartzeit wird weiterhin von drei auf mindestens sechs Monate verlängert. ap

Kinderwagen für fast jedermann

GIESSEN. Das Jedermann-Programm soll jetzt auch auf die Herstellung von Kinderwagen und Nähmaschinen erweitert werden, kündigte der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, an. Als Beispiel für den allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt in der Doppelzone nannte Dr. Köhler die Schuhproduktion, die von monatlich 800 000 Paar im ersten Halbjahr 1948 auf über drei Millionen Paar im Dezember angestiegen sei. ap

Immer mehr Weltbürger

HANNOVER. Im Zentralbüro der Weltbürger in Hannover haben sich in sieben Tagen mehr als 1300 Weltbürgeranwärter gemeldet. In Hamburg hat die 23jährige Journalistin Thea Bergbänel bereits fast 10 000 Weltbürger registriert. Die Schauspielerin Gisela Schlüter, die von Garry Davis zur Weltbürgerin Nr. 2 ernannt wurde, hat im Rheinland 8000 Anwärterinnen um sich gesammelt. In Göttingen hat sich das ganze, 125 Köpfe starke Personal des Zirkus „Apollo“ für die Registrierung als Weltbürger gemeldet. Bei Anzehestellen in Freiburg und Bad Nauheim sind tausende von Anwärtern registriert worden. Garry Davis und der englische Sozialpolitiker Lord Beveridge sind eingeladen worden, im März auf einer Weltbürgerkundgebung in Hannover zu sprechen. NZ

Angeprangert

BOCHUM. Mehrere Plakate mit den Namen der Arbeiter, die als Angehörige der Essener Firma Sulzbach die Gesenkschmiede beim Bochumer Verein demonstrierten, mußten auf Anordnung der britischen Militärregierung aus den Straßen Bochums entfernt werden. Die Anschläge scheinen eine gewisse Wirkung auf die Demontagearbeiter gehabt zu haben; denn sie zeigten bisher wenig Lust, ihre Arbeit am großen Schmeldehammer fortzusetzen. Die für Ende voriger Woche angesetzte Verhandlung gegen die sieben Demontageverweigerer wurde auf Antrag der Verteidiger, des bekannten Völkerrechtlers Legationsrat a. D. Dr. Budde und des Rechtsanwalts Dr. Dofus, vertagt. dpd

Import-Lebensmittel teurer

FRANKFURT. Importierte Lebensmittel sollen nach einer Bekanntgabe General Clays in Zukunft nach dem Weltmarktpreis berechnet werden und nicht mehr, wie bisher, nach dem deutschen Inlandspreis. Von unterrichteter deutscher Seite wird erklärt, dadurch müsse eine erhebliche Verteuerung der importierten Lebensmittel eintreten. Man nimmt jedoch an, daß die Umstellung vom Inlands- auf den Weltmarktpreis im laufenden Wirtschaftsjahr nicht mehr wirksam wird. dpd

Das Wetter

Die Wetterlage ändert sich vorläufig nicht wesentlich.

Vorhersage für Lüneburg und Nordhannover: Veränderlich und mild, häufiger Regen, zeitweise sehr windig.

Vorhersage für Weserbergland: Mild, bewölkt bis trübe mit Schauern. Frische, zeitweise starke westliche Winde.

Vorhersage für das Herzogtum: Im Bergland allgemein Tauwetter, im Flachland bis zu acht Grad Wärme, häufiger Regen, zeitweise sehr windig.

Preissturz für Landwirtschaftsmaschinen

FRANKFURT. Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Erhard, betonte in einer Aussprache mit den Ernährungsministern der Doppelsonne in Frankfurt, daß ein Preissturz für landwirtschaftliche Maschinen eingesetzt habe. Die Aussprache fand auf der Tagung des Agrarwissenschaftlichen Beirats statt. Wie verlautet, kündigte Professor Erhard an, daß seine Verwaltung gegen jeden Verdacht einer künstlichen Aufrechterhaltung der Preise

wie zum Beispiel im Schlepperbau, eingreifen werde.

Von Tagungsteilnehmern wird bekannt, daß Professor Erhard sich gegen das „Gerücht“ von Meinungsverschiedenheiten mit seinem Kollegen Dr. Schlangensiefen gewandt habe. Man werde in Zukunft von beiden Seiten die Zusammenarbeit der Verwaltung für Wirtschaft und der Verwaltung für Ernährung verstärkt betonen. dpd

Wirtschaft in Kürze

DORTMUND. Eine Dortmunder Buchhandlung senkte ihre Buchpreise um 40 bis 45 Prozent, da die Bücher entweder auf schlechtem Papier gedruckt oder in Pappgebinden sind. dpd

HANNOVER. Die Ausfuhr aus Niedersachsen stiegen nach Mitteilung des Außenhandelskontors im November gegenüber dem Vormonat um 1,75 Millionen Dollar auf 4,15 Millionen Dollar an. Die Ausfuhrzahlen für Dezember liegen noch nicht vor. NZ

Lederwarenpreise sinken weiter

HANNOVER. Ein starkes Fallen der Preise für Lederwaren ist in Hannover zu beobachten. Schuhe, die vor einigen Tagen noch 40 DM kosteten, sind jetzt mit 37,50 DM ausgeschrieben. Handgenähte Sportschuhe kosten 25 DM gegenüber 27 DM. Auch Damenhandtaschen sind billiger geworden. Während sie vor Weihnachten meistens um 100 DM kosteten, sind die gleichen Taschen jetzt mit 85 und 90 DM, und ganz elegante Taschen mit 70 DM ausgeschrieben. dpd



Getügelhändler im Iranhaus
„Warum ist der eingeliefert worden?“ — „Weil er noch nach Weihnachten zwei Waggon Gänse auf Lager genommen hat . . .“

HAMELN heute

Fußballspiele und Konzerte

Zuchthaus für Abtreiberin

Stadion-Frage dringend
HAMELN. Nach den schönen Erfolgen...

Umfangreiches Veranstaltungsprogramm für die „Woche der Hilfe“ in Hameln
HAMELN. Vom 30. Januar bis 6. Februar...

Am 2. Februar findet ein Schulkonzert in der Mittelschule statt, unter Mitwirkung...

RUCKEBURG. Zu 3% Jahren Zuchthaus wurde die Witwe Sondermann aus Oberk...

Flüchtling Bürgermeister
RUCKEBURG. In gebührender Weise...

Kundgebung des Landvolks
HOLZMINDEN. Auf einer Kundgebung...

Der Strafanstalt-Oberwachmeister I. R. Franz Winter in Holzminden, Kokenham...

Die „Barmer“ tagten
HOLZMINDEN. Auf einer Mitgliederver...

Kind löst Brand
HOLZMINDEN. Durch ein Kind wurde ein...

Esperanto-Kurs
HOLZMINDEN. Die erst kürzlich gegründete...

Beim Rodeln verunglückt
FÜRSTENBERG. Beim Rodeln verunglückte...

Kundgebung der Fichtlinge
FÜRSTENBERG. Die Interessengemeinschaft...

85 Jahre Feuerweh
RINTELN. Die Freiwillige Feuerwehr von...

80 Jahre alt
MEUSEN. Am 21. Januar vollendete der...

AUS STADT UND LAND
STADTOLDENDORF. Dieß ist ein Teil der...

Heinrich Springer 86 Jahre
RUCKEBURG. Der seit 56 Jahren in...

Lkw hielt startbereit in der Nähe

Hamelner Diebesband verurteilt — 10 Jahre Zuchthaus für Viehdiebstahl
Ein Diebesband, die Hameln und Umgebun...

Die drei Ähren Vorgehen bei den ihnen zur Verfügung stehenden...
Weidestahlbau war immer geliebt. Während...

Geißel im Kaninchental

HAMELN. Der Tauben- und Geißelzüchtverein von 1925 führte am Sonnabend...

Europakongreß in Hameln?

HAMELN. Die Kreisgruppe Hameln der Europaunion bezieht sich, den Kongreß der...

25 Jahre Feuerweh

HENNINGSDORF. Die Freiwillige Feuerwehr von Henningsdorf feiert im Frühjahr ihr 25-jähriges Bestehen...

MITCHNEIGHEN. Vor einigen Tagen wurden in dem Gleditzsch- und Gleditzsch-Gebäude...

Englischer Besuch

HAMELN. Am 14. Januar fand im „Frauenring Hameln“ auf Anregung von Miß Williams...

Beim DRK zu Gast

HAMELN. Das „Rote Kreuz“ führte am Sonnabend ein „Winterfest“ in beiden Monopolsälen...

Lesestoff fehlt

HAMELN. Um eine „Brücke“ in der Form, wie sie in den meisten Städten der britische...

Hamelner Notizen

Am 21. und 26. Januar wird „Der keusche Lebnemann“ am Schwank von Arnold und Bach...

Am Montag, den 24. Januar, werden die Hamelner Gaststättenangehörigen in der...

Eine Pflichtvorstellung der „Volkshörsche bringt am 18. Januar ein „Widerpart der...

Am Donnerstag, 20. Januar, findet um 18 Uhr in der Aula der Mittelschule, Lokalsitz...

Der Kreisstadtkonferenz hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Stadtsaal, der...

Dämonen des Mitwinters

Kampf gegen den gefährlichen Frostspanner — Leirning als Fall

HANNOVER. Straßenwärter und umstehende Gartenbesitzer des Stadtgebietes haben...

Die im April und Mai auszubildenden Rapsen beginnen dann, soviel an Ort und Stelle zu tun, wie sie sich schlingen...

30 Kleinsthöfe im Bau

OBERNKIRCHEN. Im Bereich des Gesamtbergbau-Oberrheinbezirks befinden sich 30...

Heinrich Springer 86 Jahre

RUCKEBURG. Der seit 56 Jahren in Bübeck in Ruhestand lebende Superintendent...

